

**BEGRÜNDUNG**

**ZU DEN**

**FÜNF STANDARDFORMULAREN FÜR DAS VERFAHREN ZUR**

**VOLLSTRECKUNG VON IN ANDEREN MITGLIEDSTAATEN VERHÄNGTEN**

**GELDSTRAFEN ODER GELDBUSSEN NACH MASSGABE DES**

**RAHMENBESCHLUSSES 2005/214/JI DES RATES**

Der Rahmenbeschluss 2005/214/JI des Rates über die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung von Geldstrafen und Geldbußen<sup>1</sup> (RB) wurde am 24. Februar 2005 erlassen. Er sieht vor, dass Entscheidungen einer Justiz- oder Verwaltungsbehörde, mit denen Geldstrafen oder Geldbußen verhängt werden, unmittelbar der zuständigen Behörde eines anderen EU-Staates zur Anerkennung und Vollstreckung übermittelt werden können, ohne dass es weiterer Formalitäten bedarf. Das Verfahren findet vor allem auf Fälle Anwendung, in denen eine Geldstrafe oder Geldbuße einer Person auferlegt wird, die sich nicht in dem EU-Staat aufhält, in dem die Straftat oder Verwaltungsübertretung (Ordnungswidrigkeit) begangen wurde, sie die Geldstrafe oder Geldbuße nicht zahlt und anschließend das Hoheitsgebiet des betreffenden Landes verlässt. Als Frist für die Umsetzung des RB wurde der 22. März 2007 festgesetzt. 2017 haben fast alle Mitgliedstaaten den RB umgesetzt, und Hunderttausende von Fällen werden jährlich zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten übermittelt.

Bei der Übermittlung der Entscheidung über die Zahlung einer Geldstrafe oder Geldbuße muss der Entscheidungsstaat eine Bescheinigung (siehe Anhang des Rahmenbeschlusses) in der Sprache des Mitgliedstaats, der die Entscheidung vollstreckt, übermitteln. Die Bescheinigung sollte alle relevanten Angaben enthalten, die der Vollstreckungsstaat benötigt, um die Entscheidung anerkennen und vollstrecken zu können. Einer der Grundsätze des RB ist, dass die zuständige Behörde eines Mitgliedstaats den betreffenden Fall unmittelbar an die zuständige Behörde eines anderen Mitgliedstaats weiterleitet. In mehreren Fällen schreibt der RB vor, dass diese zuständigen Behörden einander während des Verfahrens konsultieren oder informieren müssen (u. a. Artikel 7, 9, 11, 12 und 15 des RB). Der RB enthält jedoch keine Bestimmungen über die Sprachenregelung für diesen Austausch.

Wie die Erfahrung der letzten Jahre gezeigt hat, bedarf es weiterer Standardformulare, um den Informationsaustausch zwischen den zuständigen Behörden im Einzelfall zu erleichtern. Im Normalfall führt das Vollstreckungshilfeersuchen einer in einem anderen Mitgliedstaat verhängten Geldstrafe oder Geldbuße zu mindestens zwei Folgeschreiben des Vollstreckungsstaats an den Entscheidungsstaat, nämlich einer Mitteilung, dass der Fall eingegangen ist bzw. angenommen wurde, und einer Mitteilung mit dem Endergebnis der Vollstreckung. In einigen Fällen bedarf es eines weiteren Informationsaustauschs zwischen den betroffenen Staaten.

Die Sprachbarrieren in der EU machen die umfassende Kommunikation auf der Grundlage des RB zu einer kostspieligen und zeitaufwendigen Angelegenheit: erstens wegen der Übersetzungskosten und zweitens, weil häufig nur mit großem Zeitaufwand ermittelt werden

---

<sup>1</sup> ABl. L 76 vom 22.3.2005, S. 16.

kann, was mit bestimmten Mitteilungen bezweckt wird, und weil die Übersetzung von Dokumenten Zeit beanspruchen kann.

Auf Initiative Deutschlands wurde eine Sachverständigengruppe eingesetzt, um bestimmte Standardformulare auszuarbeiten, die bei grenzüberschreitenden Fällen verwendet werden können, um die Anerkennung und Vollstreckung zu erleichtern, ohne dass es einer weiteren Übersetzung bedarf.

***Die fünf Standardformulare wirken sich nicht auf den materiellen Inhalt des Rahmenbeschlusses aus und sind rechtlich nicht bindend. Die Verwendung der Formulare durch die jeweiligen nationalen Behörden erfolgt auf rein freiwilliger Basis. Dennoch sollten die Mitgliedstaaten für die Verwendung der Formulare werben, da dadurch die Vollstreckung einer in einem anderen Mitgliedstaat verhängten Geldstrafe oder Geldbuße nach Maßgabe des RB erleichtert und der mit dem Verfahren verbundene finanzielle und administrative Aufwand verringert wird.***

Zu einem späteren Zeitpunkt könnte auch erwogen werden, die in den Formularen enthaltenen Informationen künftig elektronisch auszutauschen.

## **DIE METHODIK DER SACHVERSTÄNDIGENGRUPPE**

### **Das Konzept**

Die Ratsarbeitsgruppe „Zusammenarbeit in Strafsachen“ (COPEN) schlug in ihrer Sitzung vom 13. April 2016 ausgehend von der Initiative Deutschlands vor, dass einige Mitgliedstaaten eine Sachverständigengruppe bilden sollten, um über Standardformulare zur Erleichterung des Verfahrens für die grenzüberschreitende Vollstreckung von Geldstrafen und Geldbußen zu diskutieren und entsprechende Formulare auszuarbeiten. Die Europäische Kommission hat zugesagt, sich an der Ausarbeitung der Formulare und an den Koordinierungsarbeiten zu beteiligen.

Sachverständige aus Polen, Finnland, Deutschland und den Niederlanden haben sich bereit erklärt, in der Expertengruppe mitzuwirken. Zwei Sitzungen der Sachverständigen fanden – am 16. Oktober 2016 und am 22. November 2016 – in den Räumlichkeiten der GD JUST statt. In diesen Sitzungen wurden Ideen erörtert und verschiedene Formulare ausgearbeitet. Die Ergebnisse der Sachverständigengruppe wurden in der COPEN-Sitzung vom 16. Dezember 2016 allen Mitgliedstaaten vorgestellt.<sup>2</sup> Auf der Grundlage der schriftlichen Bemerkungen der Mitgliedstaaten überarbeiteten die Sachverständigen den Wortlaut der fünf Formulare. ***In vorliegendem Dokument werden die Gründe für die Schaffung der Formulare erläutert. Außerdem wird jedes Formular im Einzelnen beschrieben. Praktiker dürften somit in der Lage sein, in ihrer täglichen Arbeit von den Formularen Gebrauch zu machen.*** In der COPEN-Sitzung vom 21. Juni 2017 wurde der Wortlaut der Formulare erörtert und angenommen.<sup>3</sup>

Das von der Sachverständigengruppe gewählte Konzept stützt sich auf die innere Logik bzw. die Struktur des RB und die Erfahrungen, die die Sachverständigen im Zuge ihrer praktischen Arbeit auf der Grundlage des RB in fünf oder mehr Jahren gesammelt haben. Ausgangspunkt für die Erstellung der Formulare war das Verfahren für die Vollstreckung einer in einem anderen Mitgliedstaat verhängten Geldstrafe oder Geldbuße unter besonderer

---

<sup>2</sup> Dok. 14898/16 JAI 1007 COPEN 361 EJN 83.

<sup>3</sup> Dok. 9610/17 JAI 540 COPEN 177 EJN 39.

Berücksichtigung der für eine erfolgreiche Vollstreckung benötigten Angaben und des erforderlichen Informationsaustauschs zwischen dem Entscheidungsstaat und dem Vollstreckungsstaat.

### **Warum gibt es fünf Formulare?**

Die fünf Formulare wurden erstellt, um dem sich während der Vollstreckung ergebenden unterschiedlichen Informationsbedarf Rechnung zu tragen. Auch wenn einige Mitgliedstaaten die Sachverständigen gebeten haben, eine Reduzierung der Zahl der Formulare zu erwägen und einige Aspekte der verschiedenen Formulare zu verknüpfen, wurde nach einer Überprüfung dieses Punktes durch die Sachverständigen beschlossen, die fünf verschiedenen Formulare mit dem Argument beizubehalten, dass sie unterschiedliche Aspekte des Verfahrens betreffen. Bei den Formularen 1 bis 3 handelt es sich voraussichtlich um die am häufigsten verwendeten Formulare. Dass nicht alle einschlägigen Angaben, insbesondere diejenigen, die die Zahlung betreffen, in einem einzigen Formular mitzuteilen sind, wird die tägliche Arbeit der zuständigen Behörden erleichtern. Da die Verwendung der Formulare zudem nicht zwingend vorgeschrieben ist, steht es den Mitgliedstaaten frei, bei Bedarf nach eigenem Ermessen auf die Formulare zurückzugreifen.

Um die tägliche Arbeit der Sachbearbeiter und die Verwendung der Formulare weiter zu erleichtern, wurde beschlossen, die Formulare in allen 23 Amtssprachen der EU zur Verfügung zu stellen.

## **BESCHREIBUNG DER FORMULARE**

### **Formular 1**

Nach den Artikeln 11, 12 und 15 des RB hat die zuständige Behörde des Entscheidungsstaats der zuständigen Behörde des Vollstreckungsstaats bestimmte Angaben zu übermitteln. Zur Vereinfachung der Kommunikation schlägt die Sachverständigengruppe die Verwendung von Formular 1 vor. Die beiden Hauptpunkte sind die freiwillige Zahlung (Abschnitt d) und die vollständige oder teilweise Beendigung der Vollstreckung (Abschnitt e).

### **Formular 2 (vollständige Anerkennung) und Formular 3 (vollständige Vollstreckung)**

Die Formulare 2 und 3 betreffen die beiden häufigsten Mitteilungen auf der Grundlage des RB, nämlich die vollständige Anerkennung und die vollständige Vollstreckung. Von der Reihenfolge her kommen daher zunächst diese beiden Formulare. Danach folgen die anderen beiden Formularen (Formulare 4 und 5), die alle anderen möglichen Szenarien abdecken.

### **Formular 2 (vollständige Anerkennung)**

In den Formularen 2 und 4 sind die Angaben zu machen, die der Vollstreckungsstaat dem Entscheidungsstaat hinsichtlich des Beschlusses zur Anerkennung und Vollstreckung der Entscheidung zu übermitteln hat. Die praktische Erfahrung zeigt, dass die Entscheidungen in den meisten Fällen vollständig anerkannt werden (in den Niederlanden beispielsweise ist dies bei etwa 97 % der Entscheidungen der Fall). Daher wurde ein gesondertes und vor allem kurzes Formular erstellt. In den betreffenden Fällen braucht die zuständige/zentrale Behörde des Vollstreckungsstaats nur auf ein einziges Formular zurückzugreifen, das zutreffende Feld anzukreuzen, den betreffenden Betrag anzugeben und das Formular dem Entscheidungsstaat zu übermitteln. Dies ist schnell getan, und die zuständige Person muss sich nicht mit allen anderen möglichen Ergebnissen des Verfahrens befassen. Außerdem weiß die zuständige

Behörde des Entscheidungsstaats auf Anhieb, was die bei ihr eingegangene Mitteilung bedeutet, auch wenn diese in der Sprache des Vollstreckungsstaats abgefasst ist.

#### Formular 3 (vollständige Vollstreckung)

In den Formularen 3 und 5 sind die Angaben zu machen, die der Vollstreckungsstaat dem Entscheidungsstaat über das Vollstreckungsverfahren (bzw. dessen Ausgang) zu übermitteln hat. Erfahrungsgemäß wird die Geldstrafe oder Geldbuße nach der Anerkennung in den meisten Fällen vollständig gezahlt. Für diese Vielzahl von Fällen wurde daher ein gesondertes kurzes Formular erstellt. Wie im Falle der vollständigen Anerkennung braucht die zuständige Behörde des Vollstreckungsstaats nur auf ein einziges Formular zurückzugreifen, das zutreffende Feld anzukreuzen, den betreffenden Betrag anzugeben und das Formular dem Entscheidungsstaat zu übermitteln.

#### **Formular 4 (teilweise Anerkennung oder vollständige Nichtanerkennung) und Formular 5 (Ergebnis der Vollstreckung der Entscheidung):**

Die vollständige Anerkennung und vollständige Zahlung der Geldstrafe oder Geldbuße sind durch die Formulare 2 und 3 abgedeckt; darüber hinaus müssen aber auch alle anderen möglichen Ergebnisse erfasst werden. Daher hat die Sachverständigengruppe zwei weitere Formulare erstellt, in denen eindeutig zwischen der Anerkennungsphase (Formular 4) und dem Vollstreckungsprozess (Formular 5) unterschieden wird.

#### Formular 4

Das Formular bezieht sich auf die Anerkennungsphase und deckt alle Ergebnisse jenseits der vollständigen Anerkennung ab.

Die ersten Angaben (Abschnitte d.1 und d.2) sind die wichtigsten: Zu welchem Ergebnis führte das Anerkennungsverfahren – vollständige Verweigerung der Anerkennung oder teilweise Anerkennung? Im Falle der teilweisen Anerkennung: In welchem Umfang wurde die Entscheidung anerkannt?

Als Nächstes ist anzugeben, warum die Entscheidung nicht vollständig anerkannt wurde. Daher werden in Formular 4 die verschiedenen Gründe für die vollständige oder teilweise Nichtanerkennung aufgezählt:

- Zunächst werden in Formular 4 die in Artikel 7 und Artikel 20 Absatz 3 des RB aufgeführten Verweigerungsgründe (Abschnitt d.3) genannt.
- Sonstige Verweigerungsgründe, die nicht in Artikel 7 und Artikel 20 Absatz 3 des RB aufgeführt sind, wie der Tod der betroffenen Person, werden in Abschnitt d.4 aufgelistet. Trifft einer dieser Gründe zu, gibt es formal keine Grundlage (Aufenthalt oder Bezug von Einkommen im Vollstreckungsstaat) für die Übermittlung des Verfahrens an den Vollstreckungsstaat (Artikel 4 Absatz 1 des RB).

Über die Mitteilung der teilweisen Anerkennung hinaus könnten weitere Informationen zu der anerkannten Geldstrafe oder Geldbuße relevant sein. Sofern diese Informationen zum Zeitpunkt der Entscheidung bereits vorliegen, können sie angegeben werden (Abschnitt e):

- Einige Vollstreckungsstaaten entscheiden in einem einzigen Akt über die Anerkennung einer ausländischen Entscheidung und die Bewilligung einer Ratenzahlung. Die Information, dass eine Ratenzahlung bewilligt wurde, kann sehr nützlich für jene Entscheidungsstaaten sein, in denen sich die Bewilligung einer Ratenzahlung auf die Verjährungsfrist auswirkt. Für diese Angabe ist Abschnitt e.1 vorgesehen.

- In den Abschnitten e.2 und e.3 werden andere Aspekte berücksichtigt, die der Grund dafür sein können, warum der zu zahlende Betrag geringer ist als der in der Bescheinigung angegebene Gesamtbetrag der Geldstrafe oder Geldbuße.

### **Formular 5 (Ergebnis der Vollstreckung der Entscheidung)**

Da es besondere Formulare für die vollständige Anerkennung, die vollständige Vollstreckung und die vollständige/teilweise Nichtanerkennung gibt, bedarf es eines weiteren Formulars für alle anderen möglichen Ergebnisse der Vollstreckung – des Formulars 5.

In einigen Vollstreckungsstaaten wird die Ratenzahlung nicht in derselben Entscheidung bewilligt, in der die Anerkennung ausgesprochen wird, sondern in einer späteren Phase der Vollstreckung behandelt. Die Information, dass eine Ratenzahlung bewilligt wurde, kann sehr nützlich für jene Entscheidungsstaaten sein, in denen sich die Bewilligung einer Ratenzahlung auf die Verjährungsfrist auswirkt. Daher wird diese Information auch in das Formular 5 aufgenommen, allerdings unter einem anderen Blickwinkel (Abschnitt d).

Nach Beendigung der Vollstreckung betreffen die ersten Angaben das Datum der Beendigung der Vollstreckung und das Ergebnis der Vollstreckung. Diese Angaben sind in den Abschnitten e.1 und e.2 zu machen.

Wenn nach Anerkennung der Entscheidung ein Betrag abgezogen wurde, kann diese Information in Abschnitt e.3 mitgeteilt werden.

In Abschnitt e.4 sind die Gründe für die Beendigung der Vollstreckung aufgeführt (wobei die vollständige Vollstreckung ausgenommen ist). Abschnitt e.4 enthält die in Artikel 12 Absatz 2, Artikel 11 Absatz 1 und Artikel 9 Absatz 1 des RB aufgeführten Beendigungsgründe. Da nach Artikel 9 Absatz 1 des RB in Bezug auf die Gründe für die Beendigung (Einstellung) der Vollstreckung das Recht des Vollstreckungsstaats maßgeblich ist, können in diesem Abschnitt des Formulars neben den häufigsten Gründen für die Beendigung der Vollstreckung auch „sonstige Gründe“ angegeben werden.

---